

26.05.97**Empfehlungen**
der AusschüsseVP - In - Uzu **Punkt** der 713. Sitzung des Bundesrates am 6. Juni 1997

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Bundesschienenwegeausbaugesetzes****- Antrag des Landes Niedersachsen -****A**

1. Der **federführende Ausschuß für Verkehr und Post**,
der **Ausschuß für Innere Angelegenheiten** und
der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**
empfehlen dem Bundesrat, den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 1 des
Grundgesetzes beim Deutschen Bundestag einzubringen.

B

2. Der **federführende Ausschuß für Verkehr und Post** empfiehlt dem Bundesrat
ferner die Annahme nachstehender EntschlieÙung:

Der Bundesrat stellt fest, daß die bisherigen verkehrspolitischen Bemühungen, eine verstärkte Verlagerung von Gütertransporten auf die Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff zu erreichen, noch nicht zum Ziel geführt haben. Eine durchgreifende Trendwende im Sinne einer stärkeren Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff ist bislang auch mit den bisherigen Fördermaßnahmen des kombinierten Verkehrs noch nicht erreicht worden. Die vollständige Öffnung des Marktes im Straßengüterverkehr mit dem Wegfall der Kabotage Mitte 1998 läßt im übrigen erwarten, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Straßengüterverkehrs auch in preislicher Hinsicht nochmals zunehmen

Ausgeliefert am 27. MAI 1997

(noch Ziffer 2)

wird. Ein weiteres überproportionales Wachstum des Straßengüterverkehrs ist ohne intensivere Maßnahmen zur Förderung der Verlagerung von Verkehren nahezu unvermeidlich. Eine nachhaltige Stärkung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen von Bahn und Binnenschifffahrt ist vor diesem Hintergrund dringlich.

Der Bundesrat hält dabei insbesondere die stärkere Förderung des Kombinierten Ladungsverkehrs auf Schiene und Wasserstraße, attraktive Trassengebühren für die Nutzung des Schienennetzes der Deutschen Bahn AG, rasche Schritte für den Abbau der technischen und administrativen Hürden im grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und - international abgestimmt - intensivere Kontrollen zur Einhaltung verkehrlicher, technischer und sozialer Vorschriften im Straßengüterverkehr für geboten.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung vor diesem Hintergrund dazu auf,

- bei der Deutschen Bahn AG darauf hinzuwirken, daß durch eine effizientere Vorhaltung und einen rationelleren Betrieb des Schienennetzes die Trassenpreise insbesondere auch für den Güterverkehr nachhaltig gesenkt werden können,
- bei der Deutschen Bahn AG und auf der Ebene der Europäischen Union für eine Beschleunigung der Bemühungen zur Schaffung eines grenzüberschreitenden interoperablen Eisenbahnsystems einzutreten,
- darauf hinzuwirken, daß die Kontrollen des Straßengüterverkehrs, insbesondere des Transports gefährlicher Güter auf der Straße, international abgestimmt intensiviert werden, um einerseits die Verkehrssicherheit weiter zu erhöhen und andererseits mögliche Wettbewerbsverzerrungen aufgrund unzureichender Einhaltung von Sozialvorschriften, fahrzeugtechnischer oder von Sicherheitsvorschriften gegenüber dem Gütertransport auf Schiene und Wasserstraße abzubauen,
- bei der Europäischen Union darauf hinzuwirken, daß in den Mitgliedstaaten bei Gefahrguttransporten die Kennzeichnung an den Fahrzeugen und den Transportbehältern verbessert wird.

C

3. Der **federführende Ausschuß für Verkehr und Post** schlägt als Beauftragten des Bundesrates gemäß § 33 GO BR

Herrn Minister Dr. Fischer
(Niedersachsen)

vor.